

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsanstalt Tagesblatt Riesa,
General-Dr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Reichsfinanzverwaltung, des Amtsgerichts, des Kreisamtes beim Amtsgericht und des
Rathes der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptstaatsanwalts Riesa.

Postfachnummer: Dresden 1550
Circulstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 168.

Donnerstag, 22. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 Zeilen, 3 mm hohe Grundzeile (8 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kastenzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Kufftag, feste Tarife, Schriftgröße, Schriftart, wenn der Auftraggeber durch Angabe eingetragener Marken und über den Auftraggeber in Kenntnis gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle plötzlicher Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezogter keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Kabinett Herriot gestürzt.

Die Vertrauensfrage abgelehnt.

Paris, 21. Juli. Die Abstimmung des Abstimmungsberichts in der französischen Kammer hat ergeben 290 gegen und 237 Stimmen für Herriot. Die Vertrauensfrage ist damit endgültig abgelehnt.

Paris, 21. Juli. Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsberichts verließen Ministerpräsident Herriot und seine Mitarbeiter mit Ausnahme des Finanzministers die Kammer und des Staatspräsidenten Poincaré den Sitzungssaal inmitten der Rauschgebungen der Tischen und überhohen Tischen. Als Herriot eintrat, verlangte die Kammer das Wort. Er hat die Kammer, die von ihm eingebrachten Finanzentwürfe noch heute abend zu verabschieden.

Es wurde hierauf eine neue Sitzung um 11 1/2 Uhr anberaumt, damit die Finanzkommission in der Zwischenzeit berichten könne. Innerhalb der Finanzkommission herrscht wie Poincaré berichtet, sehr völlige Einigkeit über die Annahme des von de Monzie eingebrachten Entwurfs, der die Abtretung des Rechts an den im Morgensfonds liegenden Rechten an die Bank von Frankreich zur Sicherung der Bedürfnisse des Schatzamts zum Ziele hat.

Für eine Regierung der nationalen Einheit.

Paris, 21. Juli. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung in der Kammer haben sich die Abgeordneten aller und fast alle im Namen der verschiedenen Gruppen für die Herbeiführung einer Regierung der nationalen Einheit zum Präsidenten der Republik begeben, um ihm eine von 200 Abgeordneten unterstützte Adresse zu überreichen, in der eine Regierung der nationalen Einheit gefordert wird, wobei dieser Wunsch in allen Fällen einer politischen Präzision, sondern in der Überzeugung aller Kreise des französischen Volkes zu bestehen sei. Es kommt darauf an, schnell zu handeln. Die Einigung müsse auf der Grundlage eines sofort in die Wege zu leitenden Finanzprogramms bewirkt werden. Außerdem glauben die Unterzeichner, daß eine internationale Kreditorganisation auf der Grundlage der heute allgemein anerkannten Solidarität unter den Völkern eine gerechtere Regelung der französischen Schulden herbeiführen müsse.

Widertritt des Kabinetts Herriot.

Paris, 21. Juli. Ministerpräsident Herriot hat sich gegen 11 1/2 Uhr mit seinen Mitarbeitern ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überreichen. Präsident Poincaré hat die Demission angenommen. Er wird seine Befehle sofort erteilen. Wasas bezeichnet es als sehr wahrscheinlich, daß er Poincaré die Bildung des neuen Kabinetts anbieten werde.

Rauschgebungen vor der Kammer.

Paris, 21. Juli. Die Kammer war am letzten Abend von Tausenden von Menschen umlagert, die Rauschgebungen, die sich zum Teil gegen das gestürzte Kabinett richteten, veranstalteten. Um 11 Uhr erschien ein hartes Polizeikommando vor dem Palais Bourbon, um die Rauschgebungen zum Weggang zu veranlassen.

Poincarés Schritte zur Kabinettsbildung.

Paris, 22. Juli. Poincaré hat den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angenommen. Paris, (Frankfurt.) Dem Elisee gegen 10 Uhr in den Senat, um an der Ausfertigung teilzunehmen. Nach während der Nacht hat er im Senatssitzungssaal mit Poincaré, dem ehemaligen Handelsminister Chaumet und Albert Herriot, dem französischen Botschafter in Moskau, verhandelt, die er anschließend in sein Kabinett aufnehmen will. Dieses hat dem Elisee die Liste der zu ernennenden Minister, darunter auch Herriot, überreicht. Poincaré hat die Liste angenommen. Poincaré wird wahrscheinlich auch das Finanzministerium übernehmen.

Zur Lage in Frankreich.

Paris, (Frankfurt.) Von besonderer Bedeutung erweist die Erklärung, die der derzeitige Präsident angeführte Abgeordnete der Kammer, Charles Bonjean, am 20. Juli in der Kammer abgegeben hat. Er äußert, daß, wenn der Präsident der Republik einen der früheren Ministerpräsidenten zur Kabinettsbildung berufen sollte, diese Kandidatur würde, daß der neue Ministerpräsident die Mehrheit habe. Die Kammer wolle von dem alten Herrn nicht wissen und verlange neue. Wir brauchen einen neuen Mann, so ist die Meinung eines Führers, der 1876, die Politik in den Kriegen verstanden zu machen und der sich, daß er, obwohl er nur allmählich seinen Gedanken nachgeben kann, auch auf die kleinen Einzelheiten Rücksicht nehmen muß.

Poincaré bei der Bildung seines Kabinetts.

Paris, (Frankfurt.) Poincaré hat heute vormittag mit seinen Beratern begonnen. Er hat mit dem Staatspräsidenten de Caen, Briand und Poincaré verhandelt.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Herriot.

Paris, 21. Juli. Die heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Herriot in der Kammer und vom Justizminister Colrat im Senat verlesene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

Die gestrige nebildete Regierung hat ihre ganze Sorge auf die Lösung des Finanzproblems konzentriert. Niemals ist die Lage klarer und die Entscheidung dringlicher gewesen. Ungehobene Schwierigkeiten haben zum Teil unauflösbar werden, Schwierigkeiten, über die die Kammer unentschieden werden wird, und über die sie unentschieden bleiben muß. Wir sind der Ansicht, daß wir diesen Schwierigkeiten, auch den dringlichsten, mit der Hilfe des Parlamentes entgegenzutreten müssen. Wir werden kein Defizit verzeichnen, das den Schatz der Nation vermindert. Unser Programm gründet sich auf die Lieberzeugung, daß das Land sich selbst retten muß. Frankreich will die Schulden, die es zur Beilegung seiner Freiheit aufgenommen hat, in einem Maße und in einer Form bezahlen, die es ihm möglich machen, die Verpflichtungen, die es übernommen hat, auch halten zu können. Unwahrscheinlich aber hat sich, soweit es sich um die Wahrung der vollständigen Unabhängigkeit handelt. Unter allen Umständen können wir es, die Grenzen des Notennamens zu erweitern. Unser Ziel ist die Stabilisierung der Währung; wir wollen diese Leistung jedoch nicht mit ausländischer Hilfe allein vollbringen. Die Devisen, die sich außerhalb Frankreichs in französischem Besitz befinden, müssen zurückgeführt werden. In diesem Zweck wollen wir ein Devisenlimit bei der Bank von Frankreich erlassen und schließlich die Rückkehr zu einem Regime der Kapitalfreiheit durch ein neues gesetzliches Vorzeichen, dessen Verwirklichung durch internationale Maßnahmen gesichert werden soll. Wir sind der Ansicht und erkläre, daß, wenn die Bank von Frankreich unabhängig sein soll, die Amortisationskassen autonom sein muß. Es ist jedoch notwendig, als Gegenleistung für die von den französischen Finanzbehörden erlassenen Vorteile eine entsprechende Anzahl Aktien zu schaffen, die nicht im Dienste des öffentlichen Ansehens stehen. Die Mobilisierung dieser Aktien werden in der Weise abgerechnet werden, daß weder für Frankreich noch für die Welt ein Schaden entsteht. Überdies gehen wir, dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Abschreckung vorzulegen, der auf alle Fälle die steuerlichen Folgen des Exitus der Arbeit und der Sparfähigkeit einleitet. Der Augenblick ist da, wo es gilt, die Vergangenheit zu liquidieren. Wir fordern Sie auf, uns auf dem Weg zu folgen, der vielleicht leidvoll sein wird, der uns aber zum Wohl des Landes führen muß. Wie alle Völker, die ihre Lebenshaltung des Landes einschränken, müssen wir die Lebenshaltung des Landes beginnen. Die Einkommensteuern werden beim Einkommen beginnen. Wir haben für diese höchst dringliche Aufgabe eine republikanische Einigung zumutend gemacht, soweit dies bei den Einnahmen, die ein unvollständig beschaffenes Wahlgesetz geschaffen hat, ausreichend war. Erklären Sie sofort, ob Sie eine andere Mehrheit für eine andere Formel haben, oder ob Sie im Gegenteil der Ansicht sind, daß man, wie wir es meinen und erklären, die Schulden der demokratischen Gesellschaft mit der Sorge um die nationale Selbstbehauptung vereinigen darf.

Paris, 21. Juli. Nach der Verlesung der Regierungserklärung durch Ministerpräsident Herriot, die von der Kammer und einem Teil des Senats mit Beifall aufgenommen wurde — zu bemerken ist, daß die Sozialisten bei der Stelle, wo von dem Rückzahlung einer republikanischen Einigung die Rede ist, sowohl bei den Einnahmen, welche eine unvollständig beschaffene Wahlform im Gesetz hat, überhaupt nicht sprach, als auch weitgehend zurückhielt — verließ der Ministerpräsident die von einigen kommunistischen Abgeordneten, darunter Caillaux, eingebrachte

Interpellation über die Finanzen.

Ministerpräsident Herriot erklärte sich mit der sofortigen Beantwortung der Interpellation einverstanden, worauf Caillaux zu begründete. Der Redner wandte sich zunächst gegen das parlamentarische Regime, das immer mehr in Richtung geraten sei und die Inflation, die in ganz Europa den Weltfrieden trübe und die Demokratie zu Revolutionen geistig habe, nicht aufhalten werde. Auch in diesem Lande habe sich die Inflation wie in Frankreich, die ebenfalls wie Frankreich unter der Kapitalisten, die ihre unbilligen Devisen nicht nach Frankreich brachten, sondern weiter die Schließung der Effektenbörsen und langte darauf, wie es mit der vom Finanzminister Herriot formulierte eingeleiteten Interpellation über die Spekulation habe. Die Franzosen und die ausländischen Finanzleute und die Kapitalisten sind, so ist es Caillaux, für das Land des französischen Volkes verantwortlich, sie müssen davon befreit werden. Eine Arbeiter- und Bauernregierung wird leicht befreit werden können als die bürgerlichen Regierungen.

Interpellation des radikalen Abgeordneten Borel über die Finanzlage.

Der Redner machte längere Ausführungen über die Schuldenverhältnisse, worauf jedoch — trotz der Bemerkungen des Präsidenten, ihm Ruhe zu ver-

lassen, durch den im Saal herrschenden Lärm nicht durch-

bringen. Nachdem der Abg. Borel die Begründung seiner Interpellation mit der Erklärung abschloß, es wäre viel besser, der Regierung sofort das Vertrauen zu entziehen, als sie erst in einiger Zeit zu kürzen, denn Frankreich habe alle Mittel unter der mangelnden Festigkeit der letzten Kabinette verstreut, ergreife der sozialistisch-republikanische Abgeordnete Herriot das Wort, der die Regierungserklärung als null und verächtlich und anregte, mit England und Amerika neue Verhandlungen über die Regelung der Schulden Frankreichs bei diesen Ländern einzuleiten, um die Unabhängigkeit Frankreichs zu sichern.

Finanzminister de Monzie

hat das Wort. Er führte aus: Regierung und Parlament stehen vor einem Komplex von Fragen, die durch ihre Dringlichkeit ihre besondere Bedeutung gewinnen. Die Regierung wird dem Parlament die volle Wahrheit sagen. Als ich mit Herriot die Lage besprach, hat der dem Staat bei der Bank von Frankreich zur Verfügung stehende Betrag noch 20 Millionen Franken betragen. Heute beläuft er sich auf nicht mehr als 10 Millionen Franken. (Bewegung.) Heute vormittag hat der Gouverneur der Bank von Frankreich an den Finanzminister einen neuen Brief gerichtet, in dem er mitteilt, daß der Spielraum der Bank von Frankreich nur noch unzureichend sei und daß sie daher seine Zahlungen einstellen zu müssen, daß sie aber geneigt sei, den Morgensfonds unter den früher angegebenen Bedingungen anzuhaken zu machen. Als der Finanzminister weiter erklärte, er habe nicht geglaubt, daß die Lage so ernst sei, er habe sich Briand und erkläre: "Die Lage des Schatzamts, die mich immer beschäftigt hat, hat sich in den letzten Tagen verwickelt. Aber man darf nicht zurückweichen, man muß voranschreiten. Das Geldern gehört der Vergangenheit an, das heute und morgen zählt. Das heute und morgen ist Einheit der Regierung und des Parlamentes." Briand erwiderte mit diesen Ausführungen kurzen Beifall. Nach ihm fuhr Finanzminister de Monzie in seiner Rede, wie folgt fort: Um die Krise des Schatzamts zu beheben, gibt es drei Lösungen. Man kann die Amortisationskassen einstellen, man kann die direkten Steuern für das Jahr 1926, die noch nicht eingekommen sind, konsolidieren, man kann aber auch kräftig und sofort konsolidieren, was natürlich im ganzen Lande eine Panik hervorrufen würde. Hierzu habe ich mich nicht entschließen können. Ich habe vielmehr beschlossen, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Devisen des Schatzamts wieder der Bank von Frankreich zurückgegeben werden sollen. de Monzie verlas darauf diesen Gesetzentwurf und fuhr fort: Dieser Entwurf wird an den Finanzminister zur schließlichen Beratung überwiesen werden. Die Regierung wird die Vertrauensfrage nicht stellen. Wird der Antrag abgelehnt, dann werde ich trotzdem der Bank von Frankreich die Ermächtigung geben, die Devisen der Morgensfonds, soweit es die Bedürfnisse erfordert, zu verwerten, damit die Devisen der Staatsbank nicht geschlossen werden.

Darauf trat eine Pause ein, nach deren Beendigung de Monzie wiederum das Wort ergriff, um sich über den von ihm fertiggestellten Konvertierungsplan zu äußern. Sodann hielt Franklin Bonissin eine außerordentlich heftige Rede gegen Herriot und führte aus, daß die unpopuläre Mehrheit des Landes eine Regierung der nationalen Einheit verlange. Andere Redner wollten auch sprechen, aber hundert Stimmen erhoben sich, um den Schluß der Debatte zu verlangen, worauf Herriot die Vertrauensfrage beantwortet wurde.

Berliner Pressestimmen.

Berlin. Zum Sturz des Kabinetts Herriot schreibt der Vorwärts: Herriot sei gestürzt worden, weil das Programm seiner Regierung eine stärkere Veranlagung des Budgets vorlag, während die Regierung Briand-Caillaux die Sanierung durch Gewinnung ausländischer Kredite erreichen wollte. Herriot sei zum Teil infolge eigener Fehler gefallen. Als er gegen die Gewährung außerordentlicher Vollmachten in das Kabinett Briand eingetreten sei, sei er zwar seinem republikanischen Gewissen gefolgt. Außerordentliche Zeiten erforderten jedoch außerordentliche Maßnahmen. Eine Verfassung werde nur für normale Zeiten ausgearbeitet. Ohne Regierungsvollmachten lasse sich eine so fortgeschrittene Inflation nicht überwinden. Niemals wäre es in Deutschland gelungen, die Mark zu stabilisieren, wenn nicht der deutsche Reichstag Ermächtigungs-gesetze angenommen hätte. Was jetzt kommen werde, sei nicht gerade erfreulich für die französische und deutsche Demokratie. Poincaré als Retter sei ein trüber Abschlus der Politik des Linksfortschritts.

Die Tägliche Rundschau meint, die parlamentarische Lage in Frankreich sei im Laufe der letzten Tage etwas geklärt worden. Es habe sich gezeigt, daß für die Durchführung des Programms der Finanzverwaltung keine Mehrheit in der französischen Kammer vorhanden sei. Der Sturz Herriots habe gezeigt, daß auch das sozialistische Programm der Kapitalabgabe und der Sanierung aus eigener Kraft keine Mehrheit finde. Es bleibe nunmehr nur noch die Frage offen, ob ein Volkstör der Rechten imstande sei, mit einem eigen-